

Der Wahnsinn wird Methode

Nach Hanau: Die hysterischen Schuldzuweisungen wurzeln in der Furcht vor ethnischen Unruhen

Thorsten Hinz

Nach Politikern, Journalisten und sogenannten Experten hat sich ein wirklicher Fachmann auf der Internetseite Achse des Guten über den – mutmaßlichen – Hanauer Amokläufer Tobias Rahtjen zu Wort gemeldet. In einem offenen Brief an Generalbundesanwalt Peter Frank unterzieht der Hamburger Medizinprofessor und Neuropsychologe Wolfgang Meins das Manifest Rahtjens einer fachpsychiatrischen Analyse.

Frank, ein promovierter Jurist, hatte in einer eiligen Stellungnahme von „gravierenden Indizien für einen rassistischen Hintergrund der Tat“ gesprochen. Meins hingegen konstatiert ein „psychiatrisches Syndrom“, einen „schweren paranoiden Wahn mit zusätzlichen (wahnhaften) Größenideen“, „Halluzinationen, „Denkstörungen“, „paranoide Schizophrenie“. Vor Gericht wäre Rathjen wohl die fehlende Zurechnungsfähigkeit bescheinigt worden. Was aus dem wirren Pamphlet (siehe Seite 7) als politische Überzeugung herausdestilliert werden kann, wäre demnach nur die Entäußerung einer Geisteskrankheit.

Mit seiner Erklärung entsprach der Generalbundesanwalt aber den politischen Erwartungen. Was die Frage aufwirft, wie es um die Gesundheit einer Gesellschaft und eines Staates bestellt ist, die sich nicht nur in ihren spontanen Reaktionen, sondern auch in den weiteren Handlungen von den Taten eines Geistesgestörten leiten lassen und ihre Entschlüsse durch diese legitimieren.

Denn damit wird der Wahnsinn zur Methode. In der aufgepeitschten Atmosphäre werden Maßnahmen, die bei klarem Verstand auf begründete Bedenken und überlegte Ablehnung stoßen, plötzlich zur zwingend gebotenen humanistischen Notwehr erhoben. Dazu zählen die Einschränkungen der Meinungsfreiheit durch Gesetzesvorhaben gegen die einseitig – und zwar „rechts“ – definierte „Haßrede“ und „Haßkriminalität“ sowie die Ausschaltung der einzig relevanten Oppositionspartei mittels Stigmatisierung durch den Verfassungsschutz auf Bundes- und Länderebene.

„Das perfide Spiel, das Gauland jetzt treibt, muß man unterbinden“, wird eine politisierende Kriminologin zitiert, denn selbst wenn „dieser Hanauer Einzeltäter (...) ein kranker Mensch“ war, würden „Haßreden und rechte Hetze“ den „Nährboden solcher Taten“ bereiten.

Bislang war es Diktaturen vorbehalten, die Benennung von Tatsachen, die zur Regierungsmeinung im Widerspruch stehen, als „Haß“ und „Hetze“ zu kriminalisieren. Den wirklichen Nährboden für Neurosen und Gewaltphantasien bildet die

regierungsamtliche Ignoranz für die täglichen „Verwerfungen“, welche die Transformation „einer monoethnischen und monokulturellen Demokratie in eine multiethnische“ (so der Multikulturalist Yascha Mounk) mit sich bringt.

Das massenweise Unterdrücken normaler menschlicher Empfindungen und Nöte führt zu einem kollektiven „Gefühlsstau“, den der Psychoanalytiker Hans-Joachim Maaz (siehe Interview Seite 3) in der DDR diagnostiziert hat und der heute ein gesamtdeutsches Phänomen darstellt. In der periodischen Abfolge inversiver, das heißt gegen die eigenen Bedürfnisse gerichteter Hysterieschübe soll er sich kontrolliert entladen.

Der medizinische Befund hängt eng mit dem politischen zusammen. Im Fahrwasser der Hanau-Bluttat wurde, stellvertretend für ganz Deutschland, in Thüringen der antitotalitäre Konsens als Staatsräson offiziell zugunsten eines militanten Antifaschismus verabschiedet. Das Migranten-Netzwerk „Neue Deutsche Organisationen“ stößt in die offene Flanke und fordert eine „radikale Entnazifizierung der Gesellschaft“ einschließlich der Sanktionierung oder des Verbots von Parteien, die sich „explizit und programmatisch für die Ausgrenzung und Entrechtung von Minderheiten einsetzen“.

Der einzige Grund für die hysterischen Schuldzuweisungen, der rational nachvollziehbar ist, wird beschwiegen: Es ist die Furcht vor ethnischen Unruhen wie in Frankreich oder Großbritannien. Der Machiavellismus der etablierten Parteien, Medien und Organisationen täuscht nicht darüber hinweg, daß sie keinen positiven Zukunftsentwurf glaubhaft machen können. In der allgemeinen Verunsicherung soll die Jagd auf den gemeinsamen Feind „von rechts“ ersatzweise für Orientierung und Zusammenhalt sorgen.

Was Hannah Arendt über die Medien als ständiges Verbindungs- und Kontrollorgan zwischen dem Volk und seinen gewählten Vertretern in Parlament und Regierung und generell über den Zusammenhang von Freiheit, Öffentlichkeit und politischem Handeln geschrieben hat, klingt wie die Botschaft von einem anderen Stern: „Freiheit und Pluralität realisieren sich in der Kommunikation, in der Begegnung der Bürger im öffentlichen Raum.“

Eben dieser wird fast vollständig von einem politisch-medialen Komplex okkupiert. Hüpfende Greta-Jünger und keifende, trillerpfeifende „Omas gegen Rechts“ liefern folkloristische Farbtupfer. Die vermeintliche Versammlung mündiger Bürger krankt an der „Regression der seelischen (und geistigen) Tätigkeit auf eine frühere Stufe, wie wir sie bei Wilden oder bei Kindern zu finden nicht erstaunt sind“ (Sigmund Freud).

Was wir erleben, ist nicht nur die simple Verfälschung und Verdrängung der Realität, sondern der Aufstand gegen sie mit dem Ziel, eine neue Wirklichkeit, eine zur Tat gewordene Ideologie, an ihre Stelle zu setzen. Die Gegenwart bietet praktische Aufklärung über die vieldiskutierte Frage: Wie funktionieren repressive Gesellschaften

und wie die Menschen, die sie dulden, stützen und Vorteile aus ihnen ziehen? Um die Antwort zu erhalten, braucht man sich nur umzuschauen: Genau so!

Mit dem Zeitgeist vermählt

Linksstaat allerorten: Wie er entstand und sich mit Hilfe der CDU durchsetzen konnte

Werner J. Patzelt

Die Geschichte der politischen Linken zeigt auch in Deutschland: Evolution ist erfolgreicher als Revolution! Die SPD als nicht-revolutionärer Teil der Arbeiterbewegung setzte seit dem Kaiserreich auf Parlamentarismus und Demokratie, prägte auch deshalb Deutschland zutiefst und wurde zum Rollenvorbild der Merkel-CDU. Hingegen setzten die Kommunisten auf Revolution, bauten mit sowjetischer Hilfe einen Modellstaat auf und hatten nach wenigen Jahrzehnten abgewirtschaftet.

Im Westen ging der revolutionäre Teil der Achtundsechziger in die „Rote Armee Fraktion“ (RAF) und in deren Sympathisantenfeld, scheiterte mit seiner verbrecherischen Strategie und löste sich auf. Der evolutionäre Teil machte sich auf den „Marsch durch die Institutionen“, gründete die – nach heftigen Kämpfen – von ihrer Realo-Fraktion dominierten, derzeit gern gelobten Grünen und besetzt mit seinen Netzwerken die meisten Kommandohöhen im Medien- und Kultursystem, in den Sozial- und Geisteswissenschaften sowie in staatlich finanzierten zivilgesellschaftlichen Organisationen. Denn über Staatsgeld zur Förderung ihrer Absichten und Anhänger verfügt die Sympathiegemeinschaft aus Grünen, SPD und Linken reichlich, seit die CDU – durch das Aufkommen der AfD massiv geschwächt – zum weithin willigen Partner von Grünen, Sozialdemokraten und nötigenfalls der Linken geworden ist.

Also hat die CDU, auch unter entsprechendem starken Mediendruck, nach den Melodien ihrer Rivalen zu tanzen. Das betrifft nicht nur die Ausrichtung von Bildungs- und Demokratiepoltik an den Vorstellungen von Links-Grün. Vielmehr müssen sich „Bündnisse gegen Rechts“ nun sogar gegen die eigenen Leute richten, seit die CDU – wie unlängst von einem Berliner SPD-Politiker – nicht mehr unter die zweifelsfrei für unsere demokratische Ordnung einstehenden Parteien gerechnet wird.

Der Grund? Die – so etliche deutsche Rechtsextremismus-Forscher – „faschistische AfD“ habe jetzt als „Werte-Union“ einen Ableger in der CDU, den es wie ein „Krebsgeschwür“ rücksichtslos auszumerzen gelte. Schon zur „rechten Mitte“ darf die CDU nicht mehr ausgreifen; das wäre nämlich ein unanständiges „Fischen am rechten Rand“. Und um als möglicher Koalitionspartner von Grünen und Sozialdemokraten überhaupt in Frage zu kommen, hat sich die CDU die Sympathie der Parteien links von ihr immer wieder neu durch artiges Verhalten zu erwerben. Zwingend dafür ist die

Einreihung in eine Einheitsfront gegen die AfD, höchst wünschenswert die Absicherung der Wiederwahl eines Ministerpräsidenten der Linken.

Um so leichter kann man die CDU zu alledem pressen, seit Angela Merkel es zum persönlich vorteilhaften Imperativ ihrer Politik gemacht hat, vom linksgrün dominierten Medienklima geformte Mehrheitswünsche zu erfüllen. Auch wenn diese oft eher Diskursmoden als realem Bedarf entsprangen.

Vor allem die Energiewende und die Migrationspolitik haben deshalb viele Bindungen der CDU an die einfachen, oft nicht-linken Leute im Land gelockert. Mit ihrer ganz vagen Rede von „der Mitte“ hat die CDU ferner auf die kundige Nutzung eines politischen Kompasses verzichtet. Inhalte wie „Nachhaltigkeit auf allen Politikfeldern“ (bis hin zur Familien- und Migrationspolitik), wie „gerechte Ordnung“ (bis hin zur Wahrung der auch sozialen Sicherheitsinteressen der kleinen Leute Deutschlands) oder wie „Patriotismus“ als Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts durch Pflege einer Rahmenkultur, die das gemeinsam Erreichte sichert, wurden gerade nicht zu einem neuen Programmkern der CDU zusammengedacht. Dabei füllte der die Rede von der „Mitte“ inhaltlich und paßte bestens zu den anstehenden Herausforderungen.

Lieber vermählte sich die CDU mit dem Zeitgeist. Der aber ist seit der Französischen Revolution links-oppositionell, falls er gegen bestehende Machtverhältnisse anweht, oder links-autoritär, wenn er sich mit realer Macht zu verbinden weiß. Heute aus eigener kultureller Hegemonie Gestaltungsmacht gewinnend, fordern genau die Nachfahren jener Linken, die „1968“ kritisch gegen das Gewährenlassen des Establishments revoltierten, eine affirmative Haltung zu den bestehenden Verhältnissen ein.

Eine systemkritische Haltung gilt hingegen als böswilliger Affront gegen alles, was nun endlich auf dem richtigen Entwicklungsweg zu halten ist – nämlich: von den Erben der Kultur(r)evolution seit 1968. Unter diesen Umständen wurde es auch in der Christlich Demokratischen Union politisch „sexy“, links oder grün zu sein.

Selbstverständlich geben Linke und Grüne eine solche Übermachtstellung nicht kampflos auf. Seit die AfD – auch durch eigene Lust auf Radikalität – als „Feind schlechthin“ von allem politisch Guten angreifbar wurde, und seit sie der CDU bis ins Existentielle hinein zusetzt, ist deshalb ein „demokratischer Block“ neuer Art entstanden: Alle Anständigen gegen die AfD!

Wer dabei auf der richtigen Seite steht, darf natürlich alles, was nicht ausdrücklich verboten ist: distanzieren, denunzieren, diffamieren, disziplinieren – letzteres auch gern unter zweckvoll-großzügiger Auslegung der Regeln des Arbeits-, Disziplinar- und Wahlrechts. Einschüchterung durch exemplarische Gewalt gegen Sachen hilft ebenfalls. Und so rechtfertigt derzeit der gute Zweck einmal mehr alle Mittel, falls sie nur „antifaschistisch“ eingesetzt werden.

„Müssen durch diesen Tunnel hindurch“

**Extremismusvorwürfe: AfD-Chef Jörg Meuthen plädiert für zweierlei –
Gegenwehr sowie Abgrenzung
Christian Vollradt**

Medien und politische Konkurrenten machen die AfD mitverantwortlich für den Amoklauf in Hanau. Die Partei sei der „parlamentarische Arm des Rechtsterrorismus“. Herr Professor Meuthen, vor Ihrer Wiederwahl als Vorsitzender sagten Sie auf dem Parteitag in Braunschweig: „Für eine Rechtsaußen-Partei stehe ich nicht zur Verfügung!“ Hätten die AfD-Gegner recht, müssten Sie doch jetzt zurücktreten ...?

Meuthen: Haben Sie aber nicht. Sie lügen, täuschen, verleumden, wenn sie solchen Unfug reden. Eigentlich leider alles wie immer. Nur wird es nun noch einen Dreh perfider.

Es gäbe ja auch eine andere Schlußfolgerung: Die AfD kann machen, was sie will, es wird ihr ohnehin immer die Verantwortung für „Haß und Hetze“ sowie die „Spaltung der Gesellschaft“ in die Schuhe geschoben. Also: Die auch von Ihnen stets angemahnte Abgrenzung – polemisch: die „Distanzeritis“ – bringe nichts. Ein berechtigter Einwand?

Meuthen: Nein, so pauschal ist das falsch. Richtig ist, daß wir niemals die Akzeptanz unserer Gegner bekommen werden, ganz gleich was wir auch tun. Das ist ja auch überhaupt nicht unser Ziel. Unangreifbarkeit in den Fakten aber muß eines unserer Ziele sein, denn Fakten zählen auf Dauer. Darum müssen wir einerseits geschlossen stehen, wo immer wir zu Unrecht angegriffen werden. Wir müssen zugleich aber auch den Mut haben, uns von Taten oder Worten von Mitgliedern klar abzugrenzen, wo diese Dinge tun oder aussprechen, die den Grundsätzen, Werten und Zielen unserer Partei zuwiderlaufen. Der Vorwurf einer „Distanzeritis“ geht in diesen Fällen völlig fehl.

Stichwort Instrumentalisierung: Kritiker wenden ein, die AfD erlebe nun genau das, was sie umgekehrt selbst betreibt, wenn es nach jedem Verbrechen eines Asylbewerbers heißt: „Merkel ist schuld!“ Ist der Amoklauf von Hanau vielleicht auch ein – trauriger – Anlaß, selbstkritisch in sich zu gehen?

Meuthen: Es muß in der Politik immer auch darum gehen, Verantwortlichkeiten klar zu erkennen und zu benennen. Das ist noch keine Instrumentalisierung. Und niemand, der die letzten Jahre Merkelscher Politik mitbekommen hat, wird ernsthaft eine mittelbare Mitverantwortung Merkels für die Straftaten illegal zugewanderter Migranten seit 2015 in Abrede stellen können. Einen Zusammenhang zwischen der grauenvollen Tat dieses psychisch schwer kranken Täters von Hanau mit der Arbeit unserer Partei herzustellen, ist dagegen absurd. Aber nichts erscheint mehr hanebüchen genug, als daß es sich nicht doch durch mediale Penetration in die Köpfe vieler Menschen als vermeintliche Gewißheit transportieren ließe. Und leider gefallen sich viele offenbar darin, genau das zu tun.

Viele Ihrer Parteifreunde befürchten, daß das Klima gegen die AfD nun rauher, eine Beobachtung durch den Verfassungsschutz wahrscheinlicher wird. Sehen Sie überhaupt noch Chancen für eine bürgerlich-konservative, regierungs- sprich: koalitionsfähige AfD?

Meuthen: Kurzfristig ganz sicher nein, mittel- bis langfristig aber sehr wohl. Wir müssen nun durch diesen Tunnel hindurch, und das werden wir auch. Mit Geduld, Beharrlichkeit und im Vertrauen auf die Kraft der besseren Argumente.

Prof. Dr. Jörg Meuthen ist seit 2015 einer von zwei Bundesvorsitzenden der AfD und Mitglied im Europäischen Parlament

Umwelt

Freisetzen fürs Klima

Manfred Ritter

Ideologen ist gemein, daß sie keinerlei Hemmungen haben, Freiheits- und Lebensrechte anderer Menschen zu mißachten, weil sie sich im Besitz einer alleinseligmachenden Wahrheit wähnen. Auch Grüne und Linke stellen sich gern in diese besonders im 20. Jahrhundert weltweit verbreitete Tradition.

Lisa Badum etwa, klimapolitische Sprecherin der grünen Bundestagsfraktion, kritisierte anläßlich eines Brandbriefs von Ärzten an Siemens: Das Unternehmen wolle „bis 2030 klimaneutral sein und trotzdem investiert es in Kohleminen, die 60 Jahre laufen sollen“. Sie erwarte, daß der Konzern jegliche Unterstützung von fossilen Energien einstelle und aus dem Adani-Steinkohleprojekt aussteigt, bei dem Siemens Bahnsignalanlagen liefert (JF 8/20). Andernfalls sei die Klimastrategie von Siemens „inhaltsleer und bedeutungslos“.

„Würden Rechte so handeln, wäre ihnen der Vorwurf der Ausländerfeindlichkeit sicher.“

Aktivisten wollen mit Siemens einen Präzedenzfall schaffen und das Unternehmen zu einem Lieferboykott gegenüber dem indischen Adani-Konzern zwingen. Auf dessen sehr billige – weil im Tagebau geförderte – Kohle ist ein Entwicklungsland wie Indien aber dringend angewiesen. Diese hilft auch anderen asiatischen Ländern, mit ihrer Industrie auf den Weltmärkten konkurrenzfähig zu bleiben.

Der Kampf deutscher rot-grüner Klimafanatiker gegen den australischen Kohleabbau ist daher im Ergebnis ein Angriff auf die Entwicklungsmöglichkeiten asiatischer Länder. Es sollte ein Skandal sein, wenn rot-grüne Ideologen aus dem relativ wohlhabenden Deutschland die Arbeitsplätze vieler an der Armutsgrenze lebender Asiaten wegen ihres Klimawahns in Gefahr bringen. Damit verhalten sich unsere selbstverklärten „Gutmenschen“ gegenüber den asiatischen Opfern wie egoistische „Unmenschen“. Würden sich Rechte so verhalten, wäre ihnen der Vorwurf der Ausländerfeindlichkeit durch unsere etablierten Medien und Politiker sicher.